

WP-4 Solidarität sichern

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.10.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

1 Mit der Pandemie und dem verheerenden Hochwasser im letzten Sommer haben wir neu
2 zu schätzen gelernt, was unsere Gesellschaft stark macht: Verantwortung
3 füreinander übernehmen und Gemeinsinn leben. So stark unser Streben nach
4 individueller Freiheit und dem persönlichen Glück ist – so sehr brauchen wir
5 auch unsere Mitmenschen und den sozialen Zusammenhalt, um uns zu entfalten. Das
6 gilt besonders in Phasen des Umbruchs. Diese Erfahrung ist für NRW nicht neu,
7 hier standen die Menschen schon oft zusammen. Jetzt geht es um eine neue
8 Politik, die aus dem "Wir" Wirklichkeit macht.

9 Ein solidarisches und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein Kind,
10 keine Alleinerziehende und kein Rentner in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man
11 von der eigenen Arbeit leben und eine Familie versorgen kann. Ein Land, in dem
12 jede*r eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommt, auch ein zweites oder drittes
13 Mal. In dem die Mieten bezahlbar sind und auch in ländlichen Regionen der
14 Supermarkt, die Ärztin oder die Apotheke vor Ort erreichbar sind.

15 Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt. Doch es ist nicht gut
16 genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer arbeiten, selbst dabei
17 krank werden. Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen in den
18 Mittelpunkt stellt. Ob der Notarzt rechtzeitig ankommt, man eine wichtige
19 Vorsorgeuntersuchung erhält oder man würdevoll gepflegt wird, darf nicht vom
20 Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit
21 gilt für alle gleichermaßen.

22 Wo wir zusammentreffen, entsteht Gemeinschaft. Gerade eine vielfältige
23 Gesellschaft braucht Räume, in denen sich die Menschen begegnen, austauschen und
24 so zusammenwachsen. Das geschieht in öffentlichen Schwimmbädern, Büchereien und
25 auf öffentlichen Plätzen. Um dieses gemeinsame Eigentum aller Bürger*innen ist
26 es in NRW vielerorts nicht gut bestellt, besonders in Städten und Gemeinden mit
27 wenig Geld – also genau dort, wo viele Menschen in Armut leben und Kinder und
28 Jugendliche besondere Unterstützung brauchen. Mancherorts schließt das
29 Schwimmbad oder das Jugendzentrum, anderswo fährt außer dem Schulbus kein
30 Nahverkehr oder es fehlt das Geld zur Sanierung eines Marktplatzes. Das sind
31 Schulden, die nicht in den Büchern stehen, die aber unsere Zukunft schwer
32 belasten. Wir werden die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, damit sie
33 stark für ihre Bürger*innen sein können. Und wir werden alle Kräfte bündeln,
34 damit NRW in die Zukunft investiert.

Wir arbeiten entschlossen gegen Armut

Armut spürbar reduzieren

37 Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber
38 frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress

39 und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos
40 beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-
41 Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der
42 Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen
43 und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir
44 Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten
45 können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in
46 der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur
47 Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen.
48 Vor allem stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren
49 Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir
50 faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

51 Pakt gegen Kinderarmut

52 In NRW sind besonders viele Minderjährige von Armut betroffen. Es gehört zu
53 ihrer Lebenswirklichkeit, dass sie Freund*innen nicht nach Hause zum Essen
54 einladen können oder einen Geburtstag meiden zu müssen, da sie sich kein
55 Geschenk leisten können. Sind diese alltäglichen Beschränkungen schon schwierig
56 genug, so gehen die Folgen von Armut noch weit darüber hinaus. Deshalb werden
57 wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam gegen Kinderarmut zu
58 kämpfen. Denn Armut hat viele Gesichter. Wir werden die kommunalen
59 Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit
60 den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher*innen, Lehrer*innen,
61 Ärzt*innen, Sozialpädagog*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den
62 Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Die Mittel aus dem Bildungs-
63 und Teilhabepaket werden von Eltern selten abgerufen, weil die Beantragung zu
64 kompliziert ist, der Anspruch nicht bekannt ist und auch Scham eine Rolle
65 spielt. Solange diese Mittel nicht von einer Kindergrundsicherung abgelöst sind,
66 sorgen wir dafür, dass sie bei den Kindern auch ankommen. Die Stadt Hamm zum
67 Beispiel hat mit der „Youcard“ ein Modell entwickelt, dass die Abrechnung
68 vereinfacht. Solch kreative und praktische Lösungen werden wir fördern. Wir
69 stärken außerdem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und
70 schaffen so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien.

71 Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene, die von Armut 72 betroffen sind

73 Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Nicht
74 jede*r schafft es aus eigenem Antrieb, die Vielzahl von Behörden aufzusuchen.
75 Wir werden Streetwork/Mobile-Jugendarbeit so ausstatten, dass sie die Arbeit in
76 den am meisten betroffenen Stadtteilen ausbauen können. Eine umfassende Beratung
77 und Hilfestellung ist notwendig, auch für die so genannten „Careleavers“, also
78 diejenigen Jugendlichen, die nach ihrer Volljährigkeit die stationäre
79 Jugendhilfe verlassen. Wir fördern Jugendhäuser, die mit multiprofessionellen
80 Teams Jugendliche ganzheitlich beraten und bei ihren vielfältigen „Baustellen“
81 vom Ausbildungsplatz bis zur Wohnungssuche unterstützen. In den Jugendhäusern
82 sollen aber auch junge Volljährige beraten werden, die derzeit noch aus dem
83 Raster fallen. Wenn ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist, werden wir
84 Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die
85 Jugendwohnheime in NRW ausbauen, in denen auch junge Volljährige wohnen dürfen.

86 Schuldner*innenberatung garantieren – Beratungsstrukturen 87 optimieren

88 Wir optimieren die Schuldner*innenberatung und reagieren damit auf die Folgen
89 der Corona-Krise, in der noch mehr Menschen in eine prekäre finanzielle Lage
90 geraten sind. Nur mit kompetenter Beratung können überschuldete Privatpersonen
91 sich wirtschaftlich und sozial stabilisieren. Diese Hilfe erbringen vor allem
92 die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Sie unterstützen bei der
93 Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, fördern die Eigeninitiative der
94 Betroffenen und ermöglichen neue Zuversicht und soziale Teilhabe. Für die
95 Schuldnerberatung sind die Kommunen zuständig, für die
96 Verbraucherinsolvenzberatung hingegen das Land. Diese unterschiedlichen
97 Zuständigkeiten verhindern eine effektive Beratung. Wir wollen, dass beide
98 Beratungsinstrumente besser ineinandergreifen und werden die Trennung
99 schnellstmöglich beenden, so wie es in anderen Bundesländern bereits geschieht.
100 Die Einleitung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens sollte immer das letzte
101 Mittel sein. Stattdessen ist es inzwischen zu einem gängigen Verfahren geworden.
102 Dazu tragen auch und gerade die öffentlichen Gläubiger wie Finanzamt oder
103 Arbeitsagenturen bei. Außergerichtliche Einigungsversuche unter Beteiligung
104 dieser Gläubigergruppen kommen meist nicht zustande. Dort, wo das Land Einfluss
105 auf die Gläubiger hat, ändern wir das. Gemeinsam mit Kommunen,
106 Wohlfahrtsverbänden und Verbraucherschutzorganisationen entwickeln wir außerdem
107 Qualitätsstandards für die Arbeit der Schuldner- und
108 Verbraucherinsolvenzberatung.

109 **Wir machen Wohnungspolitik für alle**

110 Bezahlbarer Wohnraum in ganz NRW

111 In vielen Städten und Gemeinden in NRW fehlt es an bezahlbarem Wohnraum.
112 Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den
113 Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Im letzten
114 Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die
115 Mietpreisbindungen für sie ausgelaufen sind. Dieser Tendenz stellen wir uns
116 entgegen und unterstützen Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu
117 verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. So sichern wir preisgünstigen
118 Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und
119 preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen
120 anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Wir sorgen dafür,
121 dass öffentliche Flächen nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach sozialen,
122 städtebaulichen, ökonomischen und ökologischen Kriterien vergeben werden. Wir
123 bevorzugen kommunale Wohnungsbaugesellschaften, gemeinwohlorientierte
124 Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen
125 und fördern die Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. Neue Wohnungen
126 sollen direkt klimaneutral gebaut und vorhandene modernisiert werden, um
127 Klimaschutz auch im Gebäudebereich wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent
128 gefördert werden und damit sozial gerecht geschehen. Auch stärken wir die
129 Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir wieder
130 klare Standards für barrierefreien Wohnraum in die Landesbauordnung aufnehmen
131 und für genügend rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen.

132 Nachbarschaften für alle Generationen

133 Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich
134 alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne
135 Oasen, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu
136 treffen, schaffen Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit
137 Beeinträchtigungen finden Unterstützung, Beratung und Versorgungssicherheit.
138 Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten Gestaltungsräume. Plätze und
139 Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen,
140 Inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen und ambulante Pflegekonzepte –
141 auch für ehemals wohnungslose Personen – werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für
142 alle Generationen ist fußgängerfreundlich und barrierearm.

143 Damit die Kommunen diese und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein
144 einheitliches Förderprogramm "Quartier inklusiv", das die verschiedenen
145 Bereiche umfasst. Kommunen, die dem WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and
146 communities“ (altersgerechte Stadt und altersgerechte Gemeinde) beitreten
147 wollen, werden dabei unterstützt. Wir fördern den Einsatz von technischen und
148 digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von Beeinträchtigungen und setzen
149 Lots*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations- und
150 Informationstechnologien zu nutzen.

151 Landesinitiative "Mehr Platz zum Spielen"

152 Kinder brauchen Bewegung und frische Luft. Damit alle Kinder sich auch außerhalb
153 der Wohnung mit Freund*innen treffen und ohne Gefahr Roller fahren und Ball
154 spielen können, brauchen sie Platz und eine anregende und sichere Umgebung. Mit
155 unserem Förderprogramm "Mehr Platz zum Spielen" können Kommunen bereits
156 beispielbare Flächen (Spielplätze, Parks, Bolz- oder Skateplätze) im öffentlichen
157 Raum erhalten und ausbauen. Zusätzlich ermöglichen wir, dass Kommunen ihre
158 Bauprojekte so planen, dass sie Freiräume zum Spielen erhalten und verbessern.
159 Grundbedingung dabei ist, dass die Kinder und Jugendlichen wesentlichen Einfluss
160 auf die Planungen haben und sich mindestens genauso beteiligen können wie
161 Vereine oder (Nachbarschafts-)Initiativen.

162 Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

163 Wohnen ist ein Menschenrecht! Unser Ziel ist, dass in NRW mehr Menschen in ihren
164 Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir stärken den
165 sozialen Wohnungsbau und erreichen dadurch, dass auch Personen mit geringem
166 Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.
167 Menschen, die bereits wohnungslos sind, brauchen wieder ein Dach über dem Kopf.
168 Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose
169 gibt, bauen wir sie aus. Dazu gehören auch spezielle Angebote für Frauen,
170 Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus
171 unterstützen wir Familien, die wohnungslos geworden sind oder von
172 Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser
173 familiären Notlage Schutz und Unterstützung. Der Ansatz "Housing first"
174 bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche Vorbedingungen wie
175 "Trainingswohnen", in eine normale Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden
176 persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die Betroffenen stabilisieren

177 und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz
178 Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im Tausch für
179 Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen "Housing first" in ganz NRW
180 ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen
181 dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

182 **Wir sorgen für faire Arbeit und gute Löhne**

183 **Sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt stärken**

184 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir
185 unterstützen Langzeitarbeitslose und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
186 über den sogenannten „Sozialen Arbeitsmarkt“, so dass sie in Unternehmen wieder
187 Fuß fassen können. Um die Betroffenen in ihren Lebenssituationen zu
188 stabilisieren und ihnen die nötige Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine
189 staatlich unabhängige Beratungsstruktur auf Augenhöhe.

190 Menschen mit Behinderungen haben ein größeres Risiko, arbeitslos zu werden als
191 Menschen mit der gleichen Qualifikation ohne Behinderungen. Wir streben einen
192 inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem selbstverständlich Menschen mit und ohne
193 Behinderung gemeinsam arbeiten, wenn sie dies wünschen. Wir streben eine faire
194 Entlohnung für die Arbeit in den Werkstätten an. Wir machen die Erfüllung der
195 gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen
196 Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Gleichzeitig senken wir die
197 Hürden für Unternehmen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Betriebe erhalten
198 Beratung, wie sie Stellen individuell für Bewerber*innen mit Behinderung
199 ‚zuschneiden‘ können. Außerdem erleichtern wir die Rahmenbedingungen für
200 „Inklusionsbetriebe“. Das sind Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die
201 zwischen 30 und 50 Prozent Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Für
202 Personen, die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, soll die
203 Anerkennung ihrer Qualifikation unbürokratischer werden, etwa durch die
204 Anerkennung mehrsprachiger Zeugnisse.

205 **Faire Arbeitsbedingungen stärken**

206 Der Krankenpfleger und die Busfahrerin, der Supermarktverkäufer und die
207 Betonbauer*in – sie alle verdienen faire Arbeitsbedingungen und
208 Gesundheitsschutz. Wir reformieren die Vergabekriterien bei öffentlichen
209 Aufträgen so, dass nicht nur die Einhaltung des Mindestlohns, sondern auch
210 weitere soziale und ökologische Standards wie die Tarifbindung verpflichtend
211 werden. Damit konkurrieren die Unternehmen über die gute Qualität ihrer Produkte
212 und Dienstleistungen untereinander, nicht aber über niedrige Löhne. Das stärkt
213 NRW als nachhaltigen Wirtschaftsstandort. Dienstleistungsjobs in der
214 Landesverwaltung wie Putzkräfte und Pförtner*innen werden wir nicht weiter
215 outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-
216 Mindeststandards gelten auch für die EU-Arbeitnehmer*innen, die auf den Feldern
217 und in den Fleischbetrieben in NRW arbeiten. Wir verbessern den Arbeitsschutz
218 durch mehr finanzielle und personelle Ressourcen und damit mehr Kontrollen.
219 Arbeitsfreie Sonntage sollen die Regel sein.

220 Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation

221 Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen,
222 familien- und pflegefreundlich zu werden. Betriebskindergärten werden ausgebaut
223 und das Recht auf Homeoffice unterstützt. In dezentralen „Co-Working Spaces“
224 können die Mitarbeiter*innen einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer
225 eigenen Wohnung einrichten und lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen.
226 Wir unterstützen die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst
227 voran, indem wir sie für Landesbeschäftigte und -beamte umsetzen. Damit kann die
228 Arbeitszeit in allen Lebensphasen angepasst werden, so dass Mitarbeiter*innen
229 zum Beispiel mehr Zeit haben, um ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und
230 Studium in Teilzeit erleichtern wir.

231 Wir investieren in Gesundheit und Pflege

232 Gesundheitsprävention stärken

233 Prävention hält gesund und entlastet das Gesundheitssystem, wenn sie umfassend
234 in allen Politik- und Lebensbereichen umgesetzt wird. Wir geben deshalb dem
235 Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und
236 stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Immer mehr Menschen sind einsam und
237 werden dadurch krank. Wir bekämpfen die Einsamkeit mit einer landesweiten
238 Kampagne, die Bewusstsein schafft, entstigmatisiert und mit der frühen
239 Vermittlung von Kompetenzen zur psychischen Gesundheit einhergeht. Die
240 Klimakrise ist eine Herausforderung für die Gesundheit der Menschen. Das Klima
241 zu schützen und die Städte an den Klimawandel anzupassen, bedeutet auch, unsere
242 Gesundheit zu schützen.

243 Gut versorgt in Stadt und Land: Vorfahrt für 244 Gesundheitsregionen

245 Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute
246 Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient*innen. Gerade in
247 ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung
248 durch „Gesundheitsregionen“ mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden
249 ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute
250 Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits-
251 und Pflegezentren errichten. Deutschlandweit fehlen gerade in ländlichen
252 Bereichen Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden. Andererseits gibt es
253 Krankenhäuser, die planbare, hochspezialisierte Eingriffe so selten durchführen,
254 dass sie mit der Qualität von spezialisierten Häusern mit hohen Fallzahlen nicht
255 mitkommen. Regionen müssen so versorgt sein, dass Patient*innen im Notfall oder
256 bei Beginn einer Geburt in angemessener Fahrzeit ein Krankenhaus erreichen
257 können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle
258 spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen. Für planbare, komplexere
259 Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine
260 durchgehend gute Qualität in der Patientenversorgung angeboten wird. Wir planen
261 die Krankenhausversorgung so, dass sich die Krankenhäuser enger mit ambulanten
262 Einrichtungen wie Arztpraxen und anderen Therapie- und Pflegeangeboten oder

263 Rehabilitationseinrichtungen verbinden. Mittels patientenorientierter
264 Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt.

265 Gesundheitsämter schützen uns alle: den Öffentlichen 266 Gesundheitsdienst stärken

267 Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) führt Schuleingangsuntersuchungen durch,
268 bietet Impfungen an und ist verantwortlich für den Infektionsschutz. Die
269 Mitarbeitenden überwachen die Qualität des Trinkwassers, beraten zu
270 Lebensmittelhygiene und vieles andere mehr. Während der Corona-Pandemie ist
271 besonders deutlich geworden, wie wichtig der ÖGD ist. Er leidet aber unter
272 langjährigem Verwaltungsabbau, chronischer Unterfinanzierung und Personalmangel.
273 Das wollen wir ändern. Wir heben die finanziellen Mittel für den ÖGD an und
274 etablieren einen eigenständigen Tarif für das medizinische Personal. Wir stärken
275 die Verantwortung des Landesentrums für Gesundheit, so dass es Standards und
276 Verfahren etwa in der Pandemiebekämpfung für die Gesundheitsämter bietet. Wir
277 ermöglichen eine gute digitale Ausstattung, einheitliche Standards und
278 Schnittstellenkompatibilität zur elektronischen Patientenakte. Durch
279 Nachwuchsprogramme in Kooperation zum Beispiel zwischen Hochschulen und
280 Ärztekammern lernen Studierende den ÖGD als Tätigkeitsfeld kennen. Ärztin und
281 Sozialpädagogin, Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftler: Zusammen sind sie
282 ein Team, das mit verschiedenen Perspektiven die Gesundheitsprävention
283 insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert.

284 Psychische Gesundheit verbessern

285 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise
286 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit
287 mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und
288 ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des
289 „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale
290 und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung
291 zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren.
292 Digitale Bausteine wie Videosprechstunden ergänzen die Angebote. Wir beziehen
293 Menschen mit Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein. Wir
294 stärken die Ausbildung von Psychotherapeut*innen und lehnen Rasterpsychotherapie
295 ab.

296 Für eine inklusive Gesundheitsversorgung

297 Menschen in ärmeren Verhältnissen erkranken häufiger und sterben früher. Die
298 Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen weist große Lücken auf.
299 Viele Geflüchtete, Menschen ohne Papiere und manche EU-Zugewanderte sind nicht
300 krankenversichert. Eine angemessene Versorgung im Krankheitsfall gehört jedoch
301 zu den elementaren Menschenrechten. Deshalb wollen wir die Kommunen dabei
302 unterstützen, die Gesundheitsversorgung dieser Gruppen zu sichern und den
303 „anonymen Krankenschein“ einführen. Wir bauen die „Clearingstellen“
304 flächendeckend aus. Sie helfen, den Krankenversicherungsstatus zu klären. Um
305 Menschen mit Behinderungen besser zu versorgen, entwickeln wir einen
306 ressortübergreifenden Inklusionsplan, der Hürden im Gesundheitswesen abbaut. Wir

307 machen verbindliche Vorgaben zur Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und
308 sorgen für mehr Flexibilität und Patient*innenorientierung bei Therapie- und
309 Heilmittelversorgung.

310 Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und 311 Selbstbestimmung fördern

312 Diagnostik und Therapie sind in der Medizin noch immer auf einen männlichen
313 "Normkörper" ausgerichtet. Das hat Nachteile für alle, die dieser Norm nicht
314 entsprechen. So zeigen Frauen bei einem Herzinfarkt andere Symptome und andere
315 Immunreaktionen bei Impfungen als Männer. Dadurch werden Krankheiten zum Teil
316 nicht erkannt und behandelt. Manche Medikamente wirken anders – das kann
317 gefährlich werden. Trotzdem wird die Bedeutung des Geschlechts in vielen Studien
318 ignoriert. Bei Landesförderungen im Gesundheitsbereich berücksichtigen wir die
319 Geschlechterperspektive: So werden Daten in Studien oder Projekten
320 geschlechtergerecht erfasst und ausgewertet. In der Geburtshilfe stellen wir die
321 Bedürfnisse von Eltern und Kindern in den Mittelpunkt. In der Stadt und auf dem
322 Land muss eine gute Versorgung vor, während und nach der Geburt gewährleistet
323 werden. Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in
324 unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten. Die
325 Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe müssen verbessert werden. Wir wollen das
326 Recht auf Selbstbestimmung stärken und freiwillige Beratungsangebote rund um
327 Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch ausbauen. Entscheidet eine Frau sich
328 für einen Abbruch, muss sie die Möglichkeit bekommen, diesen wohnortnah
329 durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas
330 Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

331 Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen

332 Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele
333 Menschen im Alter. Bisher orientiert sich das Angebot an Pflegeplätzen stark am
334 Interesse von Investoren. Deren Großheime sollen Rendite bringen. Wir wollen
335 erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit
336 der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse der Bevölkerung gestalten.
337 Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil
338 der Pflegekosten wird gedeckelt und dadurch planbar. Alle darüber hinaus
339 entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die
340 Pflegeversicherung. Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend
341 vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte,
342 verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW
343 verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die
344 Auszubildenden unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die
345 Pflegekammer auf. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften,
346 Verbänden und anderen Berufskammern unterstützen.

347 Drogen- und Suchtpolitik ohne Kriminalisierung

348 Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik klärt über Risiken auf und hilft süchtigen
349 Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und
350 Jugendliche werden besonders geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist

351 aber ungeeignet: Zurzeit erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf
352 dem Schwarzmarkt. Und Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden
353 bevormundet und kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies
354 zulassen, werden wir in NRW wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur
355 kontrollierten Abgabe von Cannabis an volljährige Konsument*innen unterstützen.
356 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von
357 denen besonders jüngere Menschen betroffen sind. So begegnen wir den rechtlichen
358 Entwicklungen im "Gaming"-Sektor (digitale Spiele) wenn notwendig mit
359 Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen dabei, dass
360 Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés besser geschützt werden, um die
361 Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die Beratungsstrukturen stärken wir.

362 **Wir haushalten verantwortungsbewusst und** 363 **investieren in unsere Zukunft**

364 Verantwortungsbewusst haushalten

365 Nachhaltig wirtschaften heißt für uns, verantwortungsbewusst mit den uns zur
366 Verfügung stehenden Steuermitteln der Bürger*innen umzugehen, eine moderne und
367 leistungsfähige Verwaltung zu garantieren, den öffentlichen Besitz und die
368 Infrastruktur unseres Landes zu erhalten und in eine lebenswerte Zukunft zu
369 investieren. Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-
370 Ziel gemessen werden.

371 Der Großteil der Landeseinnahmen kommt aus Steuern, für deren gesetzliche
372 Ausgestaltung der Bund zuständig ist. Das Land hat nur wenig Spielraum für eine
373 Steuerung der eigenen Einnahmen. Gleichzeitig ist ein großer Posten – ca. ein
374 Drittel der Ausgaben – für die Löhne, Gehälter und Pensionen der
375 Landesbediensteten gebunden – in erster Linie für Lehrkräfte in den Schulen, für
376 Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Neben der Stärkung der Qualität unseres
377 öffentlichen Dienstes wollen wir vor allem die öffentlichen Investitionen in
378 eine zukunftsfähige Infrastruktur stärken. Das bedeutet auch, die überschuldeten
379 Kommunen mit einem Altschuldenfonds wieder in die Lage zu versetzen, diese
380 Investitionen eigenständig tätigen zu können. Zum jahrzehntelang aufgebauten
381 Investitionsstau kommen mindestens noch bis zum Jahr 2023 die Bewältigung der
382 finanziellen Folgen der Pandemie hinzu. Land und Kommunen werden weniger Steuern
383 einnehmen sowie corona-bedingte Mehrausgaben haben und gleichzeitig müssen die
384 negativen Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter abgefedert werden. Die
385 für solche Notlagen in der Schuldenbremse verankerte Ausnahmemöglichkeit wollen
386 wir mit dem bestehenden Rettungsschirm weiter nutzen und wenn nötig ausbauen, um
387 zielgerichtete und wirksame Hilfen auf den Weg zu bringen. Die Anlagen des
388 Landes, wie den Pensionsfonds und die „NRW.Bank“, richten wir weiterhin
389 konsequent auf nachhaltiges Investment und das 1,5-Grad-Ziel aus.

390 Nachhaltiger Investitionspakt für NRW

391 Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,
392 die Konjunkturimpulse mit der Bewältigung der Klimakrise verbinden. Die
393 öffentliche Infrastruktur in NRW leidet unter einem massiven Investitionsstau,
394 besonders in den Städten und Gemeinden, die das aus eigener Kraft nicht

395 bewältigen können. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in die Infrastruktur
396 von morgen: bei den Schulen, der Digitalisierung, der Mobilitätswende, beim
397 Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimafolgen. Diese
398 Zukunftsinvestitionen werden sich für künftige Generationen rechnen und ihnen
399 Spielräume und ihre Freiheit sichern. Deshalb werden wir die
400 verfassungsrechtlichen Spielräume der Schuldenbremse nutzen und neue Wege der
401 Finanzierung ausschließlich für Zukunftsinvestitionen außerhalb des
402 Landeshaushalts schaffen.

403 Solide Finanzen für lebenswerte Kommunen

404 Wir werden dafür sorgen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder über Mittel
405 verfügen, um eigenständig in Bildung und Betreuung, lokale Mobilität und – vom
406 Radweg bis hin zum kommunalen Solarkraftwerk – in die kommunale Infrastruktur,
407 investieren zu können. Dazu werden wir einen Altschuldenfonds einrichten, um die
408 Gemeinden beim Schuldenabbau zu unterstützen. Auch die Steuerausfälle aus der
409 Corona-Krise müssen solidarisch ausgeglichen werden.

410 Es hat sich leider eingespielt, dass aus Berlin und Düsseldorf immer neue
411 Aufgaben auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. Gleichzeitig steigen
412 die gesellschaftlichen Herausforderungen und damit auch die Anforderungen an die
413 lokale Ebene. Allerdings bekommen die Kommunen nicht die Mittel zur Bewältigung
414 dieser Aufgaben. Wer bestellt, muss auch bezahlen oder wer eine Aufgabe
415 definiert, muss auch für die Finanzierung sorgen.

416 Gleichzeitig wollen wir ruinösem Steuerdumping entgegenwirken, bei dem Kommunen
417 sich gegenseitig Wirtschaftskraft streitig machen, ohne dass zusätzliche Impulse
418 für Innovationen oder neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden Anreize setzen,
419 damit Kommunen kooperieren und die Gewerbesteuer gemeinsam vereinnahmen können.
420 Die Gemeindefinanzierung regeln wir so, dass sie Steuer-Dumping unattraktiv
421 macht.

422 Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wirksam bekämpfen

423 Unserem Gemeinwesen gehen in ganz Deutschland jedes Jahr geschätzte 100
424 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren. Geld, das wir dringend für
425 gute Schulen und Zukunftsinvestitionen brauchen. Wir werden diesen Betrug
426 entschieden bekämpfen, indem wir die Finanzverwaltung und die Steuerfahndung
427 ausbauen und sie technisch und digital fit machen. Dazu gehört beispielsweise,
428 dass Meldestellen, nach Baden-Württemberger Vorbild umfassend digitalisiert
429 werden. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erweitern und im Wettbewerb um die
430 besten Köpfe die Attraktivität unserer Finanzverwaltung steigern.

431 Fördermittel effektiv für einen echten Wandel einsetzen

432 Auch die EU stellt große Mengen an Fördermitteln bereit, um die europäische
433 Wirtschaft bei ihrem Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele zu unterstützen und um
434 diejenigen Regionen zu fördern, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind.
435 Das sind in NRW nicht nur die Kohlereviere, sondern sämtliche Regionen, in denen
436 CO₂-intensive Industrien beheimatet sind. Bei der Verteilung der europäischen
437 Fördermittel sind uns zwei Punkte besonders wichtig: Die Gelder der EU sind

438 nicht dazu gedacht, Löcher in den nationalen Haushalten zu stopfen. Sie sollen
439 stattdessen in neue Projekte und Unternehmungen fließen, Innovationen anstoßen
440 und damit einen zusätzlichen Nutzen zu den nationalen Programmen stiften.
441 Zweitens muss darauf geachtet werden, dass die geförderten Projekte auch
442 tatsächlich einen Beitrag zu wichtigen Zielen beim Klimaschutz, der Erhaltung
443 der Artenvielfalt und der Digitalisierung leisten.